

Felix Ekardt

Scheinrationale Klima-Ökonomen

(Süddeutsche Zeitung vom 17.11.2009, S. 18)

Der Klimawandel ist das größte Problem des 21. Jahrhunderts. Zerstören wir die klimatische Grundlage menschlicher Existenz, brauchen wir uns über Finanzkrisen und Arbeitsplätze keine Gedanken mehr zu machen. Trotzdem wird Ende 2009 in Kopenhagen wohl kein wirklich entschlossener globaler Klimaschutz ab 2012 zwischen den Staaten vereinbart werden. Welches Maß an Klimaschutz wäre aber optimal? Genau das möchte die Klimaökonomik in Geld ausrechnen: Möglichst wenig Klimaschäden, aber bitte nur, wenn die dafür nötige Klimapolitik nicht übermäßig viel kostet und möglichst noch andere monetäre Vorteile hat (Wachstum). Das klingt logisch. Diese übliche ökonomische Kosten-Nutzen-Analyse hat dennoch ein großes Problem: Hinter ihren „klaren Zahlen“ verbergen sich komplexe Annahmen hinsichtlich der Fakten und hinsichtlich bestimmter Wertungen. Sind diese Annahmen falsch, ist auch das Ergebnis keineswegs so „objektiv und rational“, wie Ökonomen oft vorgeben. Auch wenn klare Zahlen Politikern und Medien attraktiv erscheinen, drohen uns Ökonomen deshalb eine zu lasche Klimapolitik zu empfehlen.

Natürlich hat die berühmteste Kosten-Nutzen-Analyse, Nicholas Sterns Report von 2006, den ökonomischen Nutzen der Klimapolitik zunächst unterstrichen: Energieeffizienz, erneuerbare Energien und der Ausstieg aus Kohle und Öl können die Energieversorgung und stabile Energiepreise dauerhaft sichern und die Abhängigkeit von schwindenden fossilen Brennstoffen von Krisenregionen wie dem Nahen Osten beenden. Klimaschutz spart oft schon kurzfristig Geld (Wärmedämmung) und sichert neue Märkte und Arbeitsplätze. Er ist damit ökonomisch eine große Chance in Zeiten der Finanzkrise – mehr als eine zweifelhafte Abwrackprämie. Erst recht wäre langfristig ein Klimawandel mit Ernteausfällen, Stürmen, entvölkerten Landstrichen und riesigen Migrationströmen um ein Mehrfaches teurer als eine wirklich einschneidende Klimapolitik.

Das erste große Problem ist aber: Klimaökonomien unterschätzen trotzdem die drohenden Klimaschäden. Der Klimawandel kommt schneller und drastischer als vermutet. Es geht aus aktueller Sicht der Naturwissenschaftler für 2050 im Grunde um minus 95 % Klimagase im Westen und minus 80 % weltweit, will man katastrophale Schäden vermeiden. Wer wie Nick Stern global nur 50 % will (oder wie William Nordhaus noch viel weniger), droht große Klimaschäden in Kauf zu nehmen. Ökonomen stützen damit gerade die aktuelle, lasche Mainstream-Klimapolitik.

Das zweite Problem ist: Klimaökonomien möchten Klimaschäden meist teilweise durch Wirtschaftswachstum ausgleichen. Doch die Idee unendlichen Wachstums stößt in einer endlichen Welt irgendwann an Grenzen; die Frage ist allenfalls: wann. Auch wenn wir massiv Solarenergie nutzen, bleiben die sonstigen Ressourcen dieser Welt endlich: Eine Wachstums-Welt, in der nicht nur arme Inder und Afrikaner, sondern auch Europäer und Amerikaner ewig immer reicher werden, wird es so kaum geben. Außerdem macht steigender Wohlstand – der meist auch mehr Klimagase freisetzt – das rasche Erreichen einer Zero Emission Economy nahezu unmöglich. Vielleicht ist endloses Wachstum ohnehin gar nicht erstrebenswert: Sind die im Schnitt viel ärmeren Brasilianer wirklich im Schnitt unglücklicher als die Deutschen?

Das dritte Problem ist: Wesentliche Kosten und Nutzen des Klimawandels sind ökonomisch nicht abbildbar. Millionen Tote und Ressourcenkriege um Wasser würden zwar auch ökonomische Kosten auslösen. Es ist aber offenkundig, dass das eigentlich Fatale an solchen Entwicklungen mit dem Hinweis auf Kriegs- und Krankenhauskosten nur zu einem Bruchteil erfasst wird. Da hilft es auch nicht, wenn Ökonomen diese „weichen“ Faktoren oft doch noch zu Geld machen, indem sie die hypothetische Zahlungsbereitschaft der Menschen fürs stabile Klima und ihr eigenes Überleben in die Kosten-Nutzen-Analyse einbeziehen. Denn das wäre fiktiv und unreal; es gibt keinen Markt, der uns sagt, was ein Leben „kostet“. Überdies ist die Zahlungsbereitschaft naturgemäß durch die Zahlungsfähigkeit beschränkt. Soll etwa Bill Ga-

tes' Leben 10 Milliarden Dollar zählen, das Leben eines Bangladeschis dagegen nur 1 Dollar, weil er einfach nicht mehr Geld hat? Nur weil dessen Leiden erst in einigen Jahrzehnten liegt, zählt es außerdem nicht weniger, auch wenn Ökonomen das meist annehmen.

Das vierte Problem ist: Wenn man schon rechnet, sollte man wenigstens die wirklich monetären Kosten vollständig anzugeben versuchen. Wo aber sind in ökonomischen Modellen die Kosten der Ressourcenkriege, die bei einer zu zögerlichen Klimapolitik durch schwindende Brennstoffe und Lebensgrundlagen drohen? Dabei sind um Öl und Wasser (schon von den rein monetären Ausgaben her) so teuer, dass selbst die radikalste Klimapolitik kaum mithält.

Man kann jetzt allerdings fragen: Warum überlassen wir all dies nicht dem freien Belieben der Konsumenten? Wenn uns Urlaubsflüge und Autofahrten nun einmal mehr Geld wert sind als Klimaschutzmaßnahmen, wie man täglich sieht? Das Problem ist aber eben: Freiheit ist nicht nur die Freiheit zahlungskräftiger Konsumenten, sondern auch die Freiheit der Bangladeschis und künftiger Generationen, die beide heute am freien Markt mangels Kaufkraft kaum präsent sind. Das auszublenden, wäre schlicht irrational und ideologisch – also genau das, was viele Ökonomen gern allen anderen vorwerfen.

Man kann die richtige Klimapolitik also nur teilweise „ausrechnen“. Wer vorgibt, mehr zu können, schadet auch der Demokratie: Denn die scheinbar exakten klimaökonomischen Aussagen erwecken leicht den Eindruck, die Politiker seien völlig irrational, wenn sie den Ökonomen nicht folgen.

Statt Mainstream-Politik wie die Klima-Volkswirte favorisieren Klima-Betriebswirte oft gar ein rein freiwilliges unternehmerisches Klima-Handeln. Also Unternehmensethik statt politischer Vorgaben. Das ist sicher auch wichtig. Wie aber soll der zumeist eigennützige Mensch, den gerade Ökonomen immer diagnostizieren, rein (!) freiwillig unsere Emissionen fast auf Null senken? Klima-Volkswirte sagen zu recht: Das Klima erscheint vordergründig „kostenlos“ und wird deshalb zu stark genutzt. Das ändern wir nur, indem wir Politik machen.

Felix Ekardt

Wie die Klimawende wirklich gelingt

(NZZ vom 13.11.2009, S. 12)

In Kopenhagen wird im Dezember über die Zukunft des globalen Klimaschutzes verhandelt. Weltweit sind die Emissionen seit 1990 um 40 % gestiegen. Auch in den Industrieländern sind sie nur dank der Industriezusammenbrüche 1990 in Osteuropa stabil. Auf hohem Niveau: Aktuell sind die Amerikaner bei 20, die Deutschen bei 11, die Chinesen bei 4 Tonnen CO₂ jährlich pro Kopf. Die Klimaforscher fordern weltweit jedoch etwa minus 80 % bis 2050. Die viel zitierten „2 Tonnen pro Mensch und Emissionshalbierung bis 2050“ reichen nicht. Denn der Klimawandel kommt schneller als gedacht. Die aktuellen 0,5 Tonnen der Afrikaner werden wohl das globale Pro-Kopf-Ziel sein müssen, will man riesige Kosten, Ressourcenkriege und Millionen Tote noch abwenden.

Die globale Klimapolitik wird dennoch wohl ihre Defekte weitgehend behalten: zu lasche Ziele für Industrieländer und gar keine oder vage Ziele für Länder wie China oder Indien; wenig Sanktionen im Falle der Zielverfehlung; zu viele Schlupflöcher; zu wenig Geld gegen die globale Armut, die durch den Klimawandel noch verschlimmert wird; unterfinanzierte Fonds statt klare Finanzhilfansprüche der Entwicklungsländer. Insbesondere wird es wohl nicht zu einer echten globalen Treibhausgasbegrenzung für alle Länder kommen. Die Gefahr dabei: Wir verzichten auf Öl und Kohle – die dann einfach im Süden verbrannt werden. Wir brauchen also eine echte globale Klimawende. Sie könnte so aussehen:

1. Die Klimagasausstöße müssen global strikt begrenzt und dann auf alle Staaten anhand

ihrer Bevölkerungszahl aufgeteilt werden. Jeder Mensch zählt dabei gleich viel.

2. 0,5 Tonnen mal Einwohnerzahl – das wäre 2050 also der zulässige Ausstoß in einem Staat.
3. Beginnen würde man jetzt mit dem globalen Durchschnitt: 5 Tonnen pro Mensch. Das zulässige Maß müsste dann in vielen kleinen Schritten jährlich absinken.
4. Wenn dann etwa westliche Länder mehr Treibhausgase ausstoßen wollten, müssten sie südlichen Ländern, die heute deutlich unter 5 Tonnen liegen, überschüssige Emissionsrechte abkaufen. Diesen Staaten-Emissionshandel gibt es schon heute, aber mit zu laschen Zielen im Westen und gar keinen Zielen im Süden.
5. Die Entwicklungsländer bekämen übergangsweise mehr als 5 Tonnen pro Kopf und der Westen entsprechend weniger, um die historische Verursachung des Klimawandels durch den Westen teilweise auszugleichen. So könnten sie noch mehr verkaufen und verdienen. Das würde Entwicklung ermöglichen, Klimaschutz und Klimawandelfolgen finanzieren – und trotzdem langfristig die Klimagase begrenzen.
6. So würde neben dem Klimaschutz auch das zweite globale Megaproblem angegangen: nicht die Finanzkrise – sondern die globale Armut.
7. Eine globale Institution – etwa das bereits bestehende UN-Klimasekretariat in Bonn – müsste die Emissionsreduktionen strikt überwachen und mit strengen Sanktionen durchsetzen.
8. Die nach dem Staaten-Emissionshandel pro Staat oder Kontinentalzusammenschluss (EU) vorhandene jährliche, sinkende Menge an Emissionsrechten müsste dann mittels eines umfassenden innerstaatlichen oder innereuropäischen Emissionshandels unter den Kohle-, Gas- und Öl-Unternehmen durch eine Auktion weiterverteilt werden. Jeder Importeur oder Verkäufer von fossilen Brennstoffen dürfte also die sich aus diesen Brennstoffen ergebenden Treibhausgasausstöße bei allen Bürgern nur noch ermöglichen, wenn er Emissionsrechte besitzt. Anders als der bisherige EU-Emissionshandel nur für einige Industriesektoren und mit laschen Zielen würden damit nahezu sämtliche Klimagasausstöße erfasst. Denn über die Primärenergie bildet man Produktion und Konsum quasi insgesamt ab. Vieles an Klimapolitikwust würde damit überflüssig.
9. Die Primärenergieunternehmen würden ihre Ersteigerungskosten für die Emissionsrechte gleichmäßig über Produkte, Strom, Wärme und Treibstoff an die Endverbraucher weitergeben; umgekehrt würde der Staat respektive die EU die Versteigerungseinnahmen pro Kopf an alle Bürger verteilen (Ökobonus).
10. Auch die ebenfalls klimaschädlichen Sektoren Landwirtschaft und grenzüberschreitender Luft- und Schiffsverkehr müssten einbezogen werden, ebenso wie die Entwaldung, etwa im Regenwald.

So senkt man den globalen Treibhausgasausstoß und die Nutzung fossiler Brennstoffe schrittweise rapide. Automatisch kämen damit treibhausgasarme erneuerbare Energien und Energieeffizienz massiv auf. All das wäre auch ökonomisch sehr sinnvoll – allein schon wegen der sonst drastischen Kosten des Klimawandels. Und auch kurzfristig sind mehr Energieeffizienz und erneuerbare Energien ökonomisch oft vorteilhaft: Man fördert neue Wirtschaftszweige und macht sich von Energieimporten und steigenden Öl- und Gaspreisen unabhängig. Man sichert dauerhaft die Energieversorgung. Und vermeidet gewaltsame Auseinandersetzungen um schwindende Ressourcen.

Dass der Westen durch den Emissionsrechtekauf Geld an den Süden zahlen muss, ist gerecht. Denn pro Kopf emittiert ein Europäer immer noch ein Vielfaches mehr als ein Chinese oder Afrikaner. Außerdem werden die Südländer – und künftige Generationen – die Hauptopfer des Klimawandels sein, den primär wir Westler verursacht haben. Zugleich hilft der Ökobonus den sozial Schwächeren im Westen: Der Ökobonus ist ja pro EU-Bürger gleich hoch; und wer wenig Energie und Produkte konsumiert, also gerade die sozial Schwächeren, bekommt

die weitergegebenen Kosten des Emissionshandels nur wenig zu spüren.

Energie bleibt so für jeden bezahlbar. Dauerhaft, unabhängig von Öl- oder Gaspreisen. Dies gilt, obwohl der Ökobonus im Verhältnis zu den umverteilten Emissionshandelskosten im Okzident niedrig und in südlichen Ländern hoch wäre. Denn die Emissionshandelskosten zwischen den Staaten würden zum „südlichen“ Ökobonus dazuaddiert und vom „westlichen“ Ökobonus subtrahiert. Das wäre der Finanztransfer in den Süden – sozialverträglich auch für uns.

Felix Ekardt

Vergesst Kopenhagen – und die Konsumentendemokratie!

Eine Entgegnung auf Martin und Peter Unfried

(TAZ vom 04.12.2009, S. 12)

„Vergesst Kopenhagen und die Politik, die doch nur leer laufen – und setzt stattdessen auf bürgerliches Privathandeln und mehr Öko-Konsum.“ So die Botschaft der Unfried-Brüder kürzlich an dieser Stelle. In einem haben sie recht: Die Klimapolitik ist keine Erfolgsgeschichte. Weltweit sind die Emissionen seit 1990 um 40 % gestiegen. Auch in den Industrieländern sind sie nur dank der Industriezusammenbrüche 1990 in Osteuropa und dank der Produktionsverlagerungen in den Süden auf hohem Niveau stabil. Aktuell sind die Amerikaner bei 20, die Deutschen bei 11, die Chinesen bei 4 Tonnen CO₂ jährlich pro Kopf. Die Klimaforscher fordern inzwischen jedoch weltweit (!) mindestens minus 80 % bis 2050. In Europa wären das dann 90-95 %. Die viel zitierten „2 Tonnen pro Mensch und Emissionshalbierung bis 2050“ reichen voraussichtlich nicht, will man riesige wirtschaftliche Schäden, Kriege um Wasser oder Öl und Millionen Tote noch abwenden.

Kopenhagen wird die Pleiten der Klimapolitik fortsetzen und selbst bei günstigstem Verlauf die nötige Festlegung auf die 80 % weit verfehlen. Oder mangels klarer Vollzugsregeln in der Umsetzung versanden. Auch die nötigen riesigen Finanztransfers in den Süden werden nur in kleinen Ansätzen kommen – oder mangels klarer Vorgaben in den Taschen von Diktatoren enden. Es ist klimapolitisch und demokratisch fatal, dass eine Art großer Klimakonsens aus Parteien, Wirtschaft und Verbänden trotzdem Kopenhagen als Riesenschritt feiern wird, obwohl es besagte Schäden teilweise hinnimmt. Mehr „ging politisch eben nicht“, wird es heißen.

Wie die erwähnte Emissionsbilanz zeigt, ist die Klimapolitik also ein Fiasko. Die Unfried-Forderung „mehr Zivilgesellschaft und Konsumentendemokratie“, in der die Bürger von selbst klimafreundlicher leben und konsumieren, bisher allerdings auch. Freiwilliges Klimahandeln war schließlich schon bisher möglich: Und trotzdem ist unsere Emissionsbilanz unverändert, trotz unendlich vieler kleiner, sehr zu begrüßender bürgerlicher Initiativen. Die Forderung nach Umdenken, anderem Konsum und mehr Engagement ist zwar richtig und wichtig – sie braucht jedoch zwingend eine starke politische Flankierung. Sonst droht sie eine bloße Selbstbestätigung einzelner Lifestyle-Ökos anhand einiger symbolträchtiger Handlungen zu bleiben („heute ausnahmsweise mal ohne Auto zur Arbeit“). Und die nötige große Klimawende weiter vor sich her zu schieben.

Oft behindert nämlich Allzumenschliches meine Rolle als „klima-korrektener Konsument“. Etwa Konformität: Lasse ich den klimapolitisch inkorrekten Februar-Kurzurlaub auf Gran Canaria sein, obwohl er so schön billig ist, werde ich zum Sonderling. Zudem kann ich mir vom Gefühl her raumzeitlich fernliegende, unsichtbare Klimaschäden in Indien oder in 80 Jahren kaum vorstellen – also nehme ich das Klimathema vom Bauch her doch immer nur so halb ernst. Der Drang nach Bequemlichkeit, Gewohnheit und Verdrängung unliebsamer Folgen meines Tuns kommt dazu. Außerdem: Warum verzichten, wenn ich allein doch ohnehin nicht das Klima retten kann?

Dass wir Kunden so ticken, wissen auch die Unternehmen. Das heißt dann aber auch, dass sich (zu viele) Unternehmen mit nur noch klima-korrekten Produkten eventuell in den Konkurs treiben. Außerdem reichen Lippenbekenntnisse zu „mehr freiwilligem Klimaschutz im Unternehmen“ den Kunden oft. Die Einhaltung können (oder wollen) die Kunden ohnehin selten prüfen. Zumal es viele, teilweise gegenläufige Ziele gibt, auf die ich als Konsument eigentlich achten müsste. Das eine Unternehmen verspricht vielleicht „Produkte ohne Kinderarbeit“, das andere Unternehmen verspricht „Klimafreundlichkeit“. Und jetzt soll ich als Verbraucher entscheiden, was von beidem wichtiger ist?

Von vornherein inexistent sind in der Konsumentendemokratie die unendlich vielen Armen weltweit, ebenso wie künftige Generationen: Deren Elend erscheint am Markt „kostenlos“, da sie heute keinen Konsumentendruck ausüben können. Das ist fatal: Denn der Klimawandel wird vor allem künftigen Generationen und den Armen in den südlichen Ländern schaden.

Natürlich unterliegen nicht nur Bürger und Unternehmen, sondern auch Politiker Faktoren wie Eigennutzen (Wiederwahl), Bequemlichkeit, Konformität. Zweifellos brauchen wir deshalb auch eine Kulturdebatte – allein schon, damit beherzte Klimapolitiker gewählt und nicht abgewählt werden. Keinesfalls dagegen helfen uns relativ folgenarme Sonntagsreden über Unternehmensverantwortung und neue Konsumenten à la utopia.de, die genau wie der fatale Klima-Konsens in der Gefahr steht, wenig zu leisten und uns gleichzeitig einzuschläfern, uns also von einem echten Angehen der Probleme abzuhalten drohen.

Druck in Richtung auf die nötigen politischen Veränderungen ist vielmehr die Hauptaufgabe für aufgeklärte Bürger – und erst nachrangig die Nutzung ihrer konsumentendemokratischen Macht. Zumal wir dringend eine revitalisierte demokratische Debatte brauchen. Statt zensierter Konsumenten-Dialoge mit vermeintlich änderungswilligen Unternehmen, die wie bei utopia.de die wirklich unangenehmen Fragen auf ihrer Homepage dann auch noch löschen.

Auch eine mögliche stärkere Symbolik als Schritt zur Klimawende („eine von Windrädern eingerahmte Autobahn“) überschätzen die Unfrieds. Der ganze Umweltschutz ist schon bisher überladen mit symbolischen Bekundungen, die seit 40 Jahren wenig an unserem weiter steigenden Ressourcenverbrauch geändert hat.

Außerdem bleibt das Setzen auf die Konsumenten und die freiwillig immer ökologischer werdenden Unternehmen der Wirtschaftswachstumslogik unserer Gesellschaft verhaftet. Minus 95 % Klimagase geht aber nicht mit ewigem Wirtschaftswachstum. Auch wenn Autos künftig mit Solarstrom fahren würden, blieben die anderen Ressourcen in einer physikalisch endlichen Welt endlich. Die tägliche Fahrt zur Arbeit mit dem Auto für alle Menschen weltweit wird es so nicht geben können. Und dass nur die anderen verzichten und nicht wir, wäre absurd. Vielleicht ist endloses Wachstum ohnehin gar nicht erstrebenswert: Sind die im Schnitt viel ärmeren Brasilianer wirklich im Schnitt unglücklicher als die Deutschen?

Wie aber geht Marktwirtschaft und Demokratie ohne Wachstum - das sollten wir debattieren. Nicht ernsthaft reden sollten wir dagegen über den Irrglauben, Unternehmen könnten freiwillig anfangen, Fahrräder statt Autos zu bauen – und von ihrem Expansionskurs abzulassen. Niemals wird der sehr oft primär eigennützige, raumzeitlich kurzsichtige Mensch rein (!) freiwillig die Emissionen fast auf Null senken. Ökonomen sagen zu recht: Das Klima erscheint vordergründig „kostenlos“ und wird deshalb zu stark genutzt. Das ändern wir nur, indem wir Politik machen. Allerdings viel entschlossener als in Kopenhagen.